



28.08.2024

Pressemitteilung

DPolG kritisiert Gerichtsentscheid zur Versammlung auf der Bundesautobahn 27 bei Bremen - hohe Gefahr gegeben

Klimaaktivisten hatten bei den zuständigen Behörden in Achim beantragt, sich von der dortigen Autobahnbrücke über der Bundesautobahn 27 abzuseilen, bei fließendem Verkehr.

Das Verwaltungsgericht in Stade stellte fest, dass die Autobahn zwar gesperrt werden müsse, jedoch die geplante halbe Stunde den Verkehr nicht stark beeinträchtige.

Die DPolG widerspricht der Argumentation des Gerichts. Landesvorsitzender Bernard Soika, selbst bei der Verkehrsbereitschaft Bremen beschäftigt, und für die Autobahn in Bremen zuständig zeigt sich besorgt: "Ein künstlicher Stau auf der Bundesautobahn, selbst wenn dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung herrscht, ist immer ein hohes Risiko. Wir erleben es fast täglich, dass sich schwere Verkehrsunfälle an Stauenden ereignen, oftmals mit tödlichem Ausgang. Aus diesem Grund halte ich es für absolut fahrlässig, eine solche Versammlungsfreiheit höher zu hängen, als die Sicherheit und das Leben anderer. Ich warne davor, damit Tür und Tor zu öffnen, in Zukunft viele solcher Staus zu provozieren und damit Menschenleben zu gefährden. Es wäre gut möglich gewesen, diese Versammlung öffentlichkeitswirksam in die Stadt zu verlegen, das ist hier leider auf Kosten der Sicherheit vieler Reisenden nicht geschehen.

Die DPolG fordert, dass in Zukunft auch von den Gerichten verschärft auf die besondere Sicherheit in solch sensiblen Bereichen geachtet wird. Auch die Kolleginnen und Kollegen sind dadurch im Bereich der Unfallaufnahme und Absicherung des Staus besonders gefährdet.